A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 144 Donnerstag, den 3. Dezember 1931. 44. Jahrgang

Schuldendebatte und Abrüstung.

Zur gleichen Zeit als die französische Kammer — in Abwesenheit des Außenministers, der am mandschurischen Kompromiß arbeitete — über die französische Außenpolitik debattierte, tagte im Haus der Völkerbundsorganisation für geistige Zusammenarbeit der große internationale Abrüstungskongreß, der auf jener denkwürdigen Vorbesprechung deutscher, französischer, italienischer, englischer und belgischer Politiker Ende Juli vorbereitet wurde. Dieser Kongreß sollte nicht die Regierungen, die oft genug in Genf ihre Stimme zur Abrüstungsfrage erhoben und durch die Ausarbeitung des bekannten, abrüstungsfeindlichen Abkommensentwurfes bisher in ihrer Mehrzahl leider gegen die Abrüstung gesprochen haben, sondern die Völker — durch den Mund der Parlamentarier — zu Wort kommen lassen. Er fand in Paris statt, weil seine Veranstalter glaubten, daß gerade Frankreich die Stimme der Welt in der Abrüstungsfrage hören müsse. „Der 26. und 27. November müssen zur Erziehung der französischen Oeffentlichkeit beitragen."

Dieser Wunsch ist nur zu einem bescheidenen Teil in Erfüllung gegangen. Die französische Oeffentlichkeit hat sich, das muß leider gesagt werden, stark von diesem Kongreß zurückgehalten, wenn sie ihn nicht wüst beschimpft oder, wie gewisse Elemente bei der großen Schlußkundgebung im „Trocadero", direkt gestört hat. Sein Widerhall in der französischen Presse war ungleich geringer, als etwa in der deutschen und der englischen. Die Parole, den Kongreß — wenn nicht anzugreifen, so wenigstens totzuschweigen — scheint, vielleicht von Kreisen des Generalstabes, ausgegeben worden zu sein, und ist auch von einem Teil der Presse befolgt worden. Daß für die Rundfunkübertragung der großen Schlußfeier nur der winzige Sender „Paris PTT" (er ist 1 Kilowatt stark) und nicht die übrigen, viel weitertragenden Pariser Sender gewählt worden war, scheint ebenfalls in dieser Richtung zu deuten. Daß der Kongreß selber kein einheitliches Bild bieten konnte war von vornherein klar, da hier — selbst bei vorausgesetzter durchgängiger Abrüstungsbereitschaft — doch sehr weit auseinandergehende Meinungen zu Wort kamen. Freilich konnte man nicht voraussehen, daß ein Mann wie Painlevé derart eindeutig den Standpunkt des französischen Generalstabes und Maginots vertreten werde, wie ihm der junge Pierre Cot, selber französischer Abgeordneter, beschreinigte — und noch weniger die bedauerliche und lärmhafte organisierte Störung der großen Kundgebung im Trocadero, die sogar eine zeitweilige Unterbrechung notwendig machte...

Dennoch wird diese Kundgebung für die Abrüstung ihre Bedeutung und ihren Wert behalten. So klar wie hier ist noch nie in Paris ausgesprochen worden, daß die überwiegende Mehrheit des europäischen Kontinents, und mit ihm: der ganzen Welt, die allgemeine, sofortige und gleiche Abrüstung verlangt. Der leidenschaftliche Appell der deutschen Frau Lüders, die sich an die Frauen der ganzen Welt richtete und verlangte, daß endlich einmal mit den „moralischen Verdächtigungen ganzer Völker" ein Ende gemacht werde — die große, ehrliche und zugleich in ihrer Argumentierung sehr geschickte Rede des deutschen Professors Schreiber, die, vielleicht der Höhepunkt der ganzen Tagung, die Notwendigkeit der Abrüstung für den Völkerbund, und die Gleichberechtigung aller Staaten, die Beseitigung des Unrechts der „Staaten zweierlei Rechts" in Rüstungsfragen als Voraussetzung für den Erfolg der Abrüstungskonferenz aufzeigte —, die Mahnungen des Holländers Limburg, des Italieners Boriello, ebenso wie die überraschende Feststellung des Belgiers Rollin, daß alle Staaten in der Abrüstungsfrage das Recht auf völlige Gleichstellung haben, — alle diese Einzelheiten geben dem Pariser Kongreß über das Propagandistische hinaus eine politische Bedeutung. Verpflichtet er auch nicht die Regierungen, so wird das, was hier gesagt worden ist, doch zumindest von den Regierungen beachtet werden müssen.

War der Kongreß ein „guter Auftakt" für die Abrüstungskonferenz? Diese Frage kann man nicht uneingeschränkt bejahen, auch wenn man von der mehr als sonderbaren Haltung eines Teiles der französischen „öffentlichen Meinung" einmal absieht. Denn während der Kongreß, mit Ausnahme gewisser französischer Redner wie Painlevé und Herriot, die Abrüstung — sofort und gleichmäßig — verlangte, sprach der französische Ministerpräsident vor der Kammer über die französische Außenpolitik, ohne das Wort „Abrüstung" auch nur zu erwähnen; und auch in der nachfolgenden, höchst aufschlußreichen Aussprache wurde kaum über die Abrüstungsfrage gesprochen. Sowohl die Gegensätze auf dem Abrüstungskongreß zwischen Painlevé—Herriot und der Mehrzahl der Delegierten, als auch dieses Nebeneinander einer internationalen Abrüstungskundgebung und einer außenpolitischen Kammerdebatte, welche das Abrüstungsproblem vollkommen ignoriert, sind ein Zeichen dafür, daß sich die Dinge mehr und mehr auf eine schicksalsschwere Isolierung Frankreichs und seiner kleinen europäischen Gefolgschaft in der Abrüstungsfrage zuspitzen.

Frankreich geht mit der ungeheuren Verantwortung auf die Abrüstungskonferenz, daß seine Haltung für das Gelingen oder Scheitern dieser wichtigsten Nachkriegszusammenkunft entscheidend ist. Die letzten Tage lehren jedoch, daß man diese Verantwortung in Paris, jedenfalls bei den amtlichen Leitern der französischen Politik, noch nicht erkannt hat.

Von der Abrüstung ist in der außenpolitischen Debatte der Kammer kaum gesprochen worden; dafür ist jedoch ein Wort gefallen, das uns als eine gefährliche Belastung der kommenden Reparations- und Stillhalteverhandlungen erscheint, und das auf eine geradezu verhängnisvolle Taktik der französischen Unterhändler schließen läßt. Dieses Wort, das bisher der deutschen Presse völlig entgangen ist, stammt von Laval selbst. Er antwortete nämlich auf eine Rede Leon Blums: „Wie ich hörte, haben einige Redner die Bedeutung der deutschen Auslandsguthaben unterstrichen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die privaten Gläubiger Deutschlands in dieser Richtung eine Lösung für die Frage der privaten deutschen Schulden finden werden!" (!)

Wenn diese Bemerkung Lavals nicht nur ein flüchtig hingeworfenes Wort — was bei der Wichtigkeit des Gegenstandes kaum anzunehmen ist —, sondern eine Direktive für die kommenden Verhandlungen sein soll, so kann man allerdings für die nächste Zukunft und die Verständigungsbereitschaft Frankreichs nur die düstersten Voraussagen machen.

Flandins Geschoß.

Neuer Sturz des englischen Pfunds.

Die Devisennotverordnungen bedeuten für Englands wirtschaftliches Prestige durch den neuen Einbruch in die Festigkeit seiner Währung einen schwarzen Tag kritischster Ordnung.

Die katastrophale Abwertung des englischen Pfundes, die in Zusammenhang mit den Abgaben der Bank von Frankreich gebracht wird, setzte sich in verschärftem Tempo fort.

Der Dollar, der am Montag aus London mit 3,41¾ gemeldet wurde, war mit 3,27 bis 3,29 zu hören, was einem Markkurs von 13,90 RM für ein englisches Pfund gegenüber einer gestrigen amtlichen Berliner Notiz von 14,75 RM entsprechen würde.

Da Flandin mit leeren Händen aus London heimgekehrt ist, hat die Londoner Börse prompt die Wirkung der Mißstimmung zu spüren bekommen, die diese vergebliche Reise in Paris ausgelöst hat. Die Montagsbörse in London brachte außerordentlich hohe Abzüge, die ganz offensichtlich nicht nur von Privaten, sondern im wesentlichen von der Bank von Frankreich getätigt wurden, und die höchst eindeutig zeigen, daß Frankreich durch eine neue Erschütterung des Pfundes London unter Druck zu setzen versucht. Man will auf diese Weise den englischen Plan durchkreuzen, der dahin geht, daß das Pfund sich unbeeinflußt von äußeren Vorgängen seine neue Basis suchen soll, und man verquickt wieder einmal in eigennützigster Weise finanzielle und politische Fragen derart, daß eine ernste Gefahr heraufbeschworen wird. Aus den englischen Brichten über die Besprechungen mit Flandin geht hervor, daß letzterer zwar in der Form konzilianter gewesen sei als der französische Ministerpräsident, daß er aber in der Sache denselben Standpunkt verfochten habe wie vor ihm Laval und daß deshalb, da auf der anderen Seite auch die Engländer nicht geneigt sind, ihre Auffassungen zu korrigieren, eine Angleichung nicht zu erreichen war. Das gilt besonders für die französische Ablehnung der englischen These, daß die Handelsschulden den Vorrang vor den Reparationsverpflichtungen haben müßen; die englischen Staatsmänner haben sich noch einmal eindringlich bemüht, dem französischen Finanzminister die Befürchtungen verständlich zu machen, die sie in besserer Erkenntnis der Zwangsläufigkeiten von der Durchsetzung des französischen Verlangens nach Priorität der Reparationen ableiten, aber Flandin ist unbelehrbar geblieben. Dagegen haben die Engländer dem französischen Wunsch auf eine beschleunigte und möglichst hohe Stabilisierung des Pfundkurses kein geneigtes Ohr geliehen, sie wollen nicht auf die Vorteile verzichten, die sie sich wirtschaftlich von der Entwertung des Pfundes versprechen, und sie wollen auch aus politischen Erwägungen heraus die Frage der Stabilisierung so lange in der Schwebe lassen, bis der ganze Komplex der Kriegsschulden und Reparationen geklärt ist.

Presseempfang bei Flandin.

Finanzminister Flandin hat nach Rückkehr von seiner Englandreise die französische Presse empfangen und erklärt, seine Reise sei an sich nur ein 48stündiger Ferienaufenthalt gewesen. Bei seinen Unterredungen mit dem englischen Außenminister Sir John Simon und Handelsminister Runciman und dem Schatzkanzler Neville Chamberlain habe er allerdings die aktuellen Fragen besprochen, sich aber dabei keineswegs mit der Frage der Zolltarife beschäftigt, denn diese Frage gehöre ausschließlich in den Bereich des Handelsministers Rollin. Er habe sich davon überzeugt, daß es notwendig sei, französischer- wie englischerseits Bemühungen zu unternehmen, um herzliche Beziehungen und eine effektive Zusammenarbeit herzustellen. Ob das möglich sei, wisse er nicht.

England und Frankreich hätten abweichende Ansichten über gewisse wichtige Probleme wie Schulden, Kredite, Zolltarife, Reparationen usw., aber er sei der Ansicht, daß Frankreich alles tun müsse, was ihm möglich sei, um diese Meinungsunterschiede im höheren Interesse der beiden Länder zu überbrücken.

Das deutsche Problem.

Flandins Londoner Besuch bildet immer noch das Hauptgespräch der englischen Politiker und gibt die meisten Anregungen für die Presse. Das Hauptproblem der Erörterung war die finanzielle und die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

Nach britischer Ansicht hat der Anspruch auf Rückzahlung der kommerziellen Schulden Deutschlands einen zeitlichen Vorzug gegenüber dem Anspruch auf Reparationszahlungen.

Die gegenwärtig in Deutschland eingefrorenen Kredite sind im Februar fällig, die Reparationszahlungen keinesfalls vor Juli, und wenn Deutschland im Februar nicht zahlen könnte, dann rückt die Aussicht auf weitere Reparationszahlungen in die Ferne.

Die Franzosen sind der Meinung, daß die Frage der Priorität lediglich akademisches Interesse habe, da Deutschland gegenwärtig niemand etwas zahlen könne.

Was nach französischer Auffassung erforderlich ist, ist die Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Kredite mit Unterstützung der Hilfsquellen der Finanzzentren, die über das nötige flüssige Kapital verfügen.

Frankreich ist entschlossen, das Prinzip der Reparationszahlungen aufrechtzuerhalten, da sie feste vertragliche Verpflichtungen Deutschlands darstellen.

Aus diesem Grunde hat die französische Regierung Deutschland ermutigt, um Einberufung des im Young-Plan vorgesehenen Ausschusses zu ersuchen, der seine Zahlungsfähigkeit prüfen soll.

„Verkrüppelung" des Handels.

Amerikanische Bank über die kurzfristigen Kredite.

London, 2. Dezember.

In der monatlichen Uebersicht der National City Bank of Neuyork heißt es über die kurzfristigen deutschen Kredite, daß von einer Priorität der Kredite gegenüber den Reparationen oder umgekehrt keine Rede sein könne.

Die deutsche Industrie sei für ihren laufenden Bedarf ständig auf kurzfristige Kredite angewiesen. Die fremden Finanzzentren deckten diesen deutschen Bedarf in sehr befriedigender Weise.

Diese Transaktionen bedeuteten keinen Nachteil für die übrigen kurzfristigen Gläubiger Deutschlands, da sie auch einem Teil des deutschen Wirtschaftslebens zugute kämen. Es liege aber auf der Hand, daß die fremden Geldgeber ihre Geschäfte nach eigenem Ermessen vornehmen müßten. Die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel könnten nur für kurzfristige sich selbst liquidierende Kredite verwendet werden.

Wenn man behaupten würde, daß solche Kredite den langfristigen Krediten untergeordnet oder in langfristige Anleihen verwandelt werden müßten, so würde dies bedeuten, daß kurzfristige Gelder nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Die Wirkung würde dann sein, den deutschen Handel zum Nachteil aller Gläubiger zu verkrüppeln.

Verordnung über Zolländerungen.

Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen.

Berlin, 2. Dezember.

Auf Grund von Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet: Die Reichsregierung wird bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

1. **die Eingangszölle abweichend von den geltenden Vorschriften zu ändern,**
2. **die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten zu verordnen.**

Verordnungen, die auf Grund des Abs. 1 Nr. 1 ergehen, sind dem Reichsrat vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben. Verordnungen, die auf Grund des Abs. 1 Nr. 2 ergehen, sind dem Reichstag vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben.

Steuererhöhungen untragbar.

Eine Kundgebung der westdeutschen Wirtschaft.

Düsseldorf, 2. Dezember.

Die Organisationen der westdeutschen Wirtschaft weisen in einer Mitteilung an den Kanzler mit Entschiedenheit jede Absicht zurück, die Verringerung des Steueraufkommens durch Steuererhöhungen auszugleichen. Steuererhöhungen gleich welcher Art sind für die überlastete Wirtschaft nicht mehr tragbar. Gegen jegliche Heraufsetzung der Umsatzsteuer spricht auch die Tatsache, daß dadurch die von der Reichsregierung angestrebte Senkung des Preisniveaus in höchstem Maße gefährdet wird. Verlangt werden müsse jedoch die Einführung einer Einkuhrausgleichs-Umsatzsteuer etwa nach französischem Vorbild unter Schonung des deutschen Einuhrhandels. Weiterhin wird einmütig abgelehnt die beabsichtigte Neuregelung der Kapitalertragssteuer.

NSDAP. zum Fall Hessen.

München, 2. Dezember.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit: Der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der Reichsleitung der NSDAP. hat angeordnet, daß die Parteigenossen Dr. Best, von Davidson, Stavignoga und Wassung bis zum Abschluß der Untersuchung durch den Oberreichsanwalt von jeder parteiamtlichen Tätigkeit zu entbinden sind. Seine weitere Stellungnahme zu dieser Angelegenheit behält sich der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß bis nach der Entscheidung des Oberreichsanwalts vor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311203-12/fragment/page=0001

Neue Maispreise ab 1. Dezember.

Berlin, 2. Dezember.

Der Verwaltungsrat der Reichsmaisstelle hat beschlossen, die Monopolverkaufspreise für Mais wie folgt festzusetzen:

Für Donaumais auf 155 (bisher 190) RM je Tonne, und für Plata- oder anderen Mais auf 160 (195) RM je Tonne. Diese Preise gelten für die Zeit vom 1. Dezember 1931 bis 16. Januar 1932 einschließlich.

So ist erreicht, daß bei der Gesamtregelung der Preispolitik für Futtergetreide auf das Bedürfnis geachtet wird, den Roggen so weit wie irgend möglich der menschlichen Ernährung vorzubehalten, und daß die Verringerung des zurzeit übergroßen Schweinebestandes einen Verlauf nimmt, der im Interesse einer gesunderen Preisgestaltung am Schweinemarkt liegt.

Wieder ein Redeverbot in Eupen.

Belgische Unfreundlichkeiten gegen den Heimatbund.

Aachen, 2. Dezember.

Das „Echo der Gegenwart" meldet aus Eupen, daß am Sonntag bei einem Vortrags- und Unterhaltungsabend des Heimatbundes der Vorsitzende Mitteilung von einem neuen Redeverbot machte, von dem Frau Professor Dr. Wingerath aus Köln betroffen wurde, die über das Thema: „Frauendienst an Volk und Heimat" sprechen wollte. Als einziger Redner des Abends blieb Rechtsanwalt Cüsters aus Brüssel, ein Vlame, der in fließendem Deutsch ausgezeichnete Ausführungen über das Thema „Heimat und Volkstum" machte. Der Versammlung wohnten zwei Gendarmen in Zivil bei. Eine scharfe Protestentschließung gegen das Redeverbot fand einstimmige Annahme.

Deutsche Tagesschau.

Berliner Uniformverbot bleibt bestehen.

Durch die Presse geht verschiedentlich die Nachricht, daß der 3. Strafsenat des Reichsgerichts ein vom Oberpräsidenten der Rheinprovinz erlassenes Verbot des Tragens politischer Abzeichen für die NSDAP. als rechtsungültig bezeichnet habe. Das in Frage kommende Urteil ist amtlich noch nicht bekannt, betrifft aber, wie aus den Pressemeldungen zu schließen ist, einen Sonderfall. Der Berliner Polizeipräsident weist deshalb darauf hin, daß das von ihm am 9. April 1931 erlassene Uniformverbot für die NSDAP. in keiner Weise durch die in Frage kommende Reichsgerichtsentscheidung berührt und daß das Verbot weiterhin mit allem Nachdruck durchgeführt wird.

Die Einberufung des Aeltestenrats des Reichstags.

Das Reichstagspräsidium beschäftigt sich zurzeit mit dem Antrag der Kommunisten, den Aeltestenrat zu einer Sitzung einzuberufen, in der die kommunistische Fraktion die Reichstagseinberufung zum 4. Dezember beantragen will. Präsident Löbe, der zurzeit in Nürnberg weilt, ist telegraphisch um eine Entscheidung gebeten worden. Gegebenenfalls würde Vizepräsident von Kardorff die Einberufung des Aeltestenrats veranlassen. Die Einberufung muß nach der Geschäftsordnung erfolgen, wenn es drei Mitglieder verlangen. Die kommunistische Fraktion ist ihrer Stärke entsprechend mit drei Mitgliedern im Aeltestenrat vertreten.

Auslands-Rundschau.

Unnachgiebige Haltung Gandhis. — Konferenzschluß.

In der Vollsitzung der Indien-Konferenz am Runden Tisch in London erklärte Gandhi u. a., er wünsche, dem indischen Volk die Wiederaufnahme der Bewegung des bürgerlichen Ungehorsams zu ersparen. Aber wenn sie sich als nötig erweise, werde er mutig darangehen. Er sei zu einem Kompromiß bereit, wenn es ehrenvoll sei und Indien wahre Freiheit gebe. Das Minderheitenproblem lasse sich nicht lösen, solange eine Fremdherrschaft bestehe. Die indischen Fürsten müßten konstitutionelle Monarchen wie König Georg werden. Nachdem das Ergebnis der Konferenz in einer einstimmig angenommenen Entschließung zusammengefaßt worden war, wurde die Konferenz abgeschlossen.

Neue Vermittlungsaufgabe für Hoover.

„Herald Tribune" verbreitet eine Copyright-Meldung aus Paris, wonach einflußreiche Kreise der BIZ. den Vorschlag in Erwägung ziehen, den amerikanischen Präsidenten Hoover aufzufordern, den Vorsitz bei der Konferenz zu übernehmen, die die Annahme und die Ausführung der vom Youngplan-Komitee in der Frage der deutschen Zahlungsfähigkeit unterbreiteten Vorschläge prüfen soll.

Kleine politische Meldungen.

Parteivorstandssitzung der Deutschnationalen. Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei trat im Reichstag zu einer Sitzung zusammen. Die Beratungen dienen der Vorbereitung der Tagung der Parteivertretung, die sich am folgenden Tage versammeln wird.

Englische Sonderzölle für Obst und Gemüse. Der Antrag des Landwirtschaftsministers Guilmour, Sonderzölle für Obst und Gemüse einzuführen, wurde vom englischen Unterhaus mit 366 gegen 49 Stimmen angenommen.

Aus der Umgegend

Nebra, 2. November.

— **Abonnements-Konzert.** Die für diese Wintersaison von der Leitung unseres Stadtorchesters in Aussicht genommenen Abonnements-Konzerte sind nunmehr durch die bisher erfolgten Einzeichnungen in die Abonnenten-Liste gesichert. Es ist dies recht erfreulich. Das erste dieser Konzerte ist bereits für den nächsten Sonnabend, den 5. Dezember, im gutdurchheizten Saale des Schützenhauses angesetzt. Eintrittskarten zu diesem Konzert können noch an der Abendkasse ohne jeden Preisaufschlag gelöst werden.

— **Die Skatfreunde** werden mit wahrem Schmunzeln die Nachricht vernehmen, daß einer der Ihrigen, der jetzige Wirt vom Gasthof Wendelstein, kommenden Sonntag zu einem Preisskat einlädt. Wer gern einen Spazierweg macht, findet schönen Weg zu seiner Wanderung, wer aber bequem ist, hat gute Bahnverbindung nach und von Roßleben.

— **Aufwärts.** Daß auch in unserer Stadt bei den bevorstehenden Landtagswahlen das Wahlergebnis ein ganz anderes sein wird, als bei der letzten Reichstagswahl, ist wohl vorauszusehen. Wie überall im Reiche, entfacht jetzt auch bei uns die Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei eine rührige Agitation, und wie man wahrnehmen kann, mit Erfolg, denn ihre Veranstaltungen finden immer mehr Beachtung. Waren die früheren Werbeabende noch nicht so rege besucht, daß ein starkes Anwachsen der Organisation bemerkt werden konnte, dann brachte der am Sonnabend abgehaltene Abend schließlich doch den erhofften Erfolg. Nun geht es auch hier aufwärts, die NSDAP. hat festen Fuß gefaßt und wird ihren Weg unentwegt verfolgen. Die Not der Zeit zwingt jetzt jeden Indifferenten, darüber nachzudenken, ob es auf dem bisherigen Wege weitergehen kann, oder ob es nicht höchste Zeit sei, einen Kurswechsel zu unterstützen. Ein tüchtiger Redner sorgte für die nötige Aufklärung über die Mißerfolge des marxistischen Verwaltungssystems und stellte diesem die Ziele der NSDAP. gegenüber, während unser Stadtorchester für gute musikalische Unterhaltung sorgte. Der Abend verlief in bester Harmonie und dürfte der Ortsgruppe einen erheblichen Zuwachs gebracht haben.

— **Gegen überflüssige Einfuhr.** Die Deutsche Volkspartei hat im preußischen Landtage folgende kleine Anfrage eingebracht: „Im Monat Oktober 1931 erfolgte erstmals eine Kürzung der Devisenzuteilung für die Einfuhr. Trotzdem deutsche Butter auf einem Tiefstand des Preises wie vor 30 Jahren angelangt ist, ist den Butterimporteuren doch noch zwei Drittel des Devisenbetrages vom Oktober 1930 zugeteilt worden. Deutsches Obst und deutsches Gemüse ist nach einer ungewöhnlich großen Ernte nur zu Preisen abzusetzen, die die Produktionskosten nicht annähernd decken. Trotzdem ist den Obst- und Gemüseimporteuren noch die Hälfte der Devisen vom Oktober 1930 zugeteilt worden. Der deutsche Landwirt sieht in einer solchen Devisenzuteilung die so notwendige Stärkung des Binnenmarktes behindert, durch die wir allein eine weitere gefährliche Verschärfung der allgemeinen Notlage hemmen können. Die wirtschaftlich am günstigsten gestellten fremden Staaten gehen mit schärfsten Maßnahmen gegen unsere Ausfuhr vor. Diese Tatsache muß das Deutsche Reich veranlassen, zu einer eingeschränkten Devisenzuteilung zu schreiten, wodurch wir den Inlandsmarkt beleben können. Ist das Staatsministerium bereit, sich bei den Stellen, die die Devisenbewirtschaftung handhaben, für eine weitere Einschränkung der Devisenzuteilung, in vorliegendem Falle zum Butter-, Obst- und Gemüseimport, einzusetzen?"

— **Deutsche Volkspartei.** In der Vertrauensmännerversammlung des Kreises Querfurt unter Vorsitz von Rechtsanwalt Gelpke (Freyburg a. U.) berichtete am 29. November in Querfurt Generalsekretär Hennig (Halle) über die politische Lage. Die sich anschließende Aussprache ergab vollkommene Einmütigkeit in der Auffassung. Einstimmig wurde nachstehende Entschließung gefaßt:

Die am 29. November 1931 in Querfurt versammelten Vertrauensmänner sprechen dem Parteiführer Dingeldey ihr unbedingtes Vertrauen aus.

— **Herbst-Bullenkörung.** Bei dem diesjährigen Herbst-Körgeschäft wurden u. a. angekört je 1 Bulle vom Rittergut Nebra und des Landwirts Ed. Haucke in Liederstädt, beide schwarzbunt und $2^1/_2$ Jahr alt. Die Körung hat Geltung bis zur nächsten Frühjahrskörung.

Sangerhausen. Todessturz. — In Rosperwende stürzte der Landwirt und Maurer Karl Lenner von der Scheune auf die Tenne, brach das Rückgrat und starb.

Sangerhausen. Infolge der gestiegenen Arbeitslosigkeit reichen die bereitgestellten Mittel für das städtische Wohlfahrtsamt nur noch bis spätestens Ende Dezember. Es fehlen für den Rest des Etatsjahres noch etwa 30 000 Mark. Die städtischen Körperschaften müssen sich in Kürze darüber schlüssig werden, wie neue Einnahmequellen zu erschließen sind.

Halle. Der Prozeß gegen den 27jährigen Berliner Reichsbahningenieur Hans Wendler ging nach zweitägiger angestrengter Verhandlung zu Ende. In den Abendstunden wurde das Urteil gefällt. Zwei Jahre Gefängnis wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang.

Wendler stand unter der Anklage, in der Nacht zum 31. Mai in einem Gasthof in Thondorf (der Schwiegersohn des Besitzers war sein Onkel) das dort beschäftigte 15jährige Dienstmädchen Frieda Hulbe in seiner Kammer getötet und, um einen Selbstmord vorzutäuschen, auf dem Boden aufgehängt zu haben. Für die kriminalpolizeilichen Ermittlungen fiel außerordentlich erschwerend ins Gewicht, daß man in Thondorf allgemein angenommen hatte, das Mädchen habe sich selbst aufgehängt, und zwar wegen Schwangerschaft. Die ärztliche Untersuchung widerlegte die letzte Annahme zwar, aber man glaubte weiter an Selbstmord. Wichtige Feststellungen, die nicht mehr nachzuholen waren, wurden jedenfalls versäumt.

Erst nach einer Reihe von Tagen tauchten Bedenken auf, und die hallische Kriminalpolizei nahm sich des Falles an. Der Verdacht der Täterschaft fiel schließlich auf Wendler, der auch vor Kriminalbeamten ein Geständnis zu Protokoll gab.

Danach ist er in die Kammer des Mädchens eingedrungen und hat ihm, als es schrie, den Mund zugedrückt. Plötzlich hab es leblos in seinen Armen gelegen. Die Leiche habe er dann in seiner Verwirrung auf dem Hausboden aufgehängt.

Vor dem Richter widerrief W. sein Geständnis. Es sei ihm von der Polizei in den Mund gelegt worden. Das Gericht sah sich infolgedessen vor die schwierige Aufgabe gestellt, einen Indizienbeweis aufzubauen, da Zeugen der Tat nicht vorhanden waren. Bis zuletzt leugnete der Angeklagte, irgendetwas mit dem Tode des Mädchens zu tun zu haben.

Gegen einen Selbstmord des Mädchens sprach vor allem der Befund an dem Strick, mit dem die Leiche aufgehängt war. Er war kunstvoll verknotet, und zwar so, daß sich die Schlinge gar nicht hätte zuziehen können. Ein anderer Täter als Wendler kann nicht in Frage kommen, weil das in Thondorf mit seinen 700 Einwohnern bemerkt worden wäre und auch die Hunde angeschlagen hätten, wenn ein Fremder das Grundstück betreten oder verlassen hätte.

Bei der Verkündung des Urteils brachen der Angeklagte und seine Angehörigen zusammen.

Halle. Die Landjägerei hat mehrere Personen verhaftet, die unerlaubten Rauschgifthandel getrieben haben. Mehrere in diesem Zusammenhang erfolgte Haussuchungen in Halle führten zur Beschlagnahme von Morphium, Kokain und Veronal im Werte von etwa 600 Mark. Die Rauschgifte hatte ein Angestellter aus einer Fabrik entwendet.

Hettstedt. Skeletteile gefunden. — Von Arbeitern, die eine Wasserleitung legten, wurden an der Straße Hettstedt-Großörner Teile eines menschlichen Knochengerüstes in gut erhaltenem Zustande gefunden. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Man nimmt an, daß der Fund schon sehr alt ist.

Sömmerda. Die Regierung in Erfurt hat für die Stadt Sömmerda die Erhebung der Bürgersteuer angeordnet, nachdem die städtischen Körperschaften sie mehrfach abgelehnt hatten. Die Steuer kommt in Höhe von 200 Prozent zur Erhebung, und zwar am 10. Dezember für das Geschäftsjahr 1931. Die Volksküche wurde am 30. November eröffnet.

Erfurt. In der Nacht zum Sonntag sind Einbrecher in ein Seidenhaus in der Neuestraße eingedrungen und haben für etwa 10 000 Mark Seidenstoffe, Wäsche und Decken gestohlen. Es ist anzunehmen, daß ein Auto zum Fortschaffen des Stehlgutes benutzt worden ist.

Erfurt. Hier versammelten sich am 6. Dezember die Bergbauangestellten Thüringens zu einer außerordentlichen Landestagung. Die Tagung wird sich in erster Linie mit der Entwicklung des Kalibergbaues im letzten Jahr und mit Fragen der Sozialversicherung, die für die Bergbauangestellten im wesentlichen im Reichsknappschaftsgesetz verankert sind, beschäftigen. Der Leiter der Reichsgruppen, Bergbau und Knappschaft, Ingenieur Fromholz, Berlin, wird im Rahmen der Tagung über das Thema „Die knappschaftliche Pensionsversicherung der Bergbauangestellten nach den Reichsnotverordnungen" sprechen. Die Kalireviere Eisenach und Nordhausen werden starke Abordnungen nach Erfurt entsenden.

Schkeuditz. Nach einer beim Regierungspräsidenten in Merseburg geführten Besprechung sollen hier nicht weniger als vier Lehrerstellen abgebaut werden.

Delitzsch. Der arbeitslose Schuhmacher Richter hat seine 38 Jahr alte Frau erwürgt und seine 16jährige Stiefstochter zu erwürgen versucht. Die Leiche hänge er an der Schlafzimmertür auf. Der Mörder wurde verhaftet. Er leugnet die Tat. Aus den Bekundungen der Tochter geht jedoch hervor, daß zweifellos Mord vorliegt. Richter ist als gewalttätiger Mensch bekannt und wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen an seiner Stieftochter, vorbestraft.

Die Stieftochter war von ihrer Arbeitsstätte nach Hause gekommen. Kaum trat sie in die Küche, als ihr der Vater eine Schlinge um den Hals warf. Auf ihre Hilferufe ließ er von ihr ab und zwang das Mädchen, einen Brief zu schreiben, des Inhalts, die Mutter habe sich freiwillig das Leben genommen und sie, die Tochter, wolle das gleiche tun. Darauf versuchte Richter, seine Stieftochter zu vergewaltigen. Das Mädchen sträubte sich verzweifelt und schrie laut um Hilfe, worauf Anwohner herbeieilt kamen und das unglückliche Mädchen aus den Händen des Wüstlings befreiten.

Thondorf. Die Verteidigung des wegen Tötung des Dienstmädchens Frieda Hulbe in Thondorf zu zwei Jahren Gefängnis verurteilten Berliner Ingenieurs Wendler hat gegen das Urteil des Schwurgerichts Revision eingelegt.

Güsten. Unter eigenartigen Umständen fand auf dem Bahnhof Güsten der verheiratete 40jährige Schlosser Sch. aus Bernburg den Tod. Er wollte auf einer Lokomotive die Laternen auslöschen, als plötzlich ein Wagen auf die Lokomotive auffuhr. Sch., der einen Oberarmbruch davontrug, erlitt einen Herzschlag.

Neundorf (Anhalt). Vor dem Dessauer Schwurgericht wird voraussichtlich noch im Dezember gegen den Arbeiter Stegemann aus Neundorf verhandelt werden, der des Mordes an dem Schulmädchen Gertrud Bölcke in Neundorf beschuldigt ist. Die Voruntersuchung ist abgeschlossen und Anklage erhoben worden.

Leipzig. Kapellmeister Dr. Alfred Szendrei scheidet, wie wir hören, im gegenseitigen Einverständnis mit dem 30. Juni 1932 aus dem Verbande des Mitteldeutschen Rundfunks aus. Dr. Szendrei war seit der Gründung der Mirag im Mitteldeutschen Rundfunk tätig und wirkte die ersten Jahre als Leiter der musikalischen Abteilung und dann als Kapellmeister für die Sinfoniekonzerte.

Mühlhausen. Das Messerimstreit. — Auf dem Hofe eines Siedlungsgebäudes kam es zu Auseinandersetzungen zwischen zwei Männern. Im Verlaufe dieser Streitigkeiten zog der eine ein Taschenmesser und brachte seinem Gegner einen Stich in den Rücken bei. Der Verletzte mußte dem Städtischen Krankenhaus zugeführt werden. Der Täter gibt an, in Notwehr gehandelt zu haben.

Mühlhausen (Thür.). Am Dienstag vormittag kam es auf dem Wohlfahrtsamt verschiedentlich zu lebhaften Auftritten. Ein Beamter des Wohlfahrtsamtes wurde von einem Unterstützungsempfänger angegriffen und mit dem Stuhlbein am Kopf verletzt. Der Unterstützungsempfänger trug bei dem Handgemenge ebenfalls Verletzungen am Kopf davon.

Auch in der Volksküche kam es bei der Winterspeisung zu erregten Auftritten, so daß die Polizei einschreiten mußte.

Schönebeck (Elbe). Im benachbarten Eickendorf kam es in der Nacht zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Nationalsozialisten und Reichsbannerleuten. Auf beiden Seiten gab es Verletzte, von den Schwerverletzten wurden zwei Reichsbannerleute ins Schönebecker Krankenhaus eingeliefert. Der Amtsvorsteher, der schlichten wollte und, von der Abermacht bedroht, Schreckschüsse abgab, wurde niedergeschlagen.

Torgau. Am 12. Mai wurde auf der Straße Annaburg-Naundorf ein Kinderwagen von einem Motorrad erfaßt und dabei das fünf Monate alte Kind des Bergmannes Wilhelm Thunert, ohne festen Wohnsitz, so schwer verletzt, das es bald darauf verstarb. Thunert, der den Wagen plötzlich auf die falsche Straßenseite gelenkt und dadurch das Unglück herbeigeführt hatte, wurde am 14. Juli vom Torgauer Schwurgericht wegen fahrlässiger Tötung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Das Reichsgericht hob dieses Urteil jedoch auf und verwies die Sache an die erste Instanz zurück, die sich deshalb noch ein-

Als 1 Gutschein gilt

jede Umhüllung der 5er-Packung von MAGGI Fleischbrühwürfeln,

— auch wenn sie noch nicht mit Gutschein-Aufdruck versehen ist. —

Es gelten aber nicht als Gutscheine die Umlegestreifen der einzelnen Fleischbrühwürfel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311203-12/fragment/page=0002

mal mit dem Fall zu beschäftigen hatte. Der Staatsanwalt beantragte wegen versuchten Mordes eine Zuchthausstrafe von 6 Jahren, das Urteil lautete jedoch nur auf 9 Monate Gefängnis.

Braunschweig. Über den Hergang des Unglücks am Bahnübergang Helmstedter Straße erfahren wir noch: Der Kraftwagen wartete vor der Schranke, die vor einem nach Magdeburg ausfahrenden Güterzug geschlossen war.

Als der Güterzug vorüber war, wurde die Schranke geöffnet, und der Kraftwagen fuhr an, um die Gleise zu überqueren. Im selben Augenblick kam von der anderen Seite her der Magdeburger Eilzug angefahren und erfaßte das Auto. Die Toten sind Frau Gutsbesitzer von Gosler aus Sickte und der Chauffeur Biermann. Herr von Gosler wurde schwer verletzt.

Quedlinburg. Vom Dach gestürzt. — Der Schornsteinfegermeister Terpe geriet bei Arbeiten auf dem Dache eines Hauses ins Rutschen, stürzte ab und erlitt schwere innere Verletzungen.

Neues aus aller Welt.

Für 12 000 RM Photoapparate geraubt. In ein Photogeschäft in Berlin wurde ein ungewöhnlich dreister Raubüberfall verübt. Die Täter, die mit den Oertlichkeiten gut vertraut sein mußten, hatten eine zum Keller führende Tür mittels Nachschlüssels geöffnet, dann eine zweite Kellertür aufgebrochen und waren so in einen unter den Geschäftsräumen der Firma gelegenen Keller gelangt. Dort durchstemmten sie die Decke und kletterten durch das Loch in die Verkaufsräume der Firma. Dann gingen sie in aller Ruhe daran, die Regale zu plündern, und raubten eine große Anzahl Photoapparate und Feldstecher im Gesamtwerte von etwa 12 000 RM.

Sechs Jahre Zuchthaus wegen schwerer Körperverletzung. Von dem Görlitzer Schwurgericht wurde der Ingenieur Scholz aus Hohenwiese (Riesengebirge) wegen schwerer Körperverletzung mit Todesfolge zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Scholz hatte im Oktober d. J. eine 75 Jahre alte Kleinrentnerin überfallen und mit einem Eisenstock niedergeschlagen. Dann hatte er ihr die Handtasche mit 24 Pfennig Inhalt geraubt. Die alte Frau starb an den Folgen des Ueberfalls. Der Verurteilte gab an, die Tat aus Verzweiflung über seine schlechte wirtschaftliche Lage ausgeführt zu haben.

Großer Rauschgiftschmuggel aufgedeckt. In Halle gelang es der Polizei, unerlaubtem Verkehr mit Rauschgift auf die Spur zu kommen. Eine Durchsuchung der Polizei in den Wohnungen mehrerer Beteiligter führte bei den Betreffenden zur Auffindung von Morphium und Kokain im Werte von 500 bis 600 Mark. Ferner wurde festgestellt, daß der Besitzer dieses Rauschgift in einer einschlägigen Fabrik, deren Angestellter er war, entwendet hat.

Die Erschießung eines Polizeiwachtmeisters in Kassel. Der 22jährige Dreher Melis, der beschuldigt war, bei den Unruhen in Kassel am 10. Juni d. J. den Polizeiwachtmeister Kuhlmann erschossen zu haben, wurde vom Kasseler Schwurgericht von der Anklage des Mordes bzw. des Totschlags freigesprochen. Das Gericht verurteilte ihn lediglich wegen unbefugten Waffenbesitzes zu einem Jahre Gefängnis; auf diese Strafe wird die Untersuchungshaft seit dem 12. Juni angerechnet. Der Haftbefehl wurde aufgehoben und Melis in Freiheit gesetzt.

Schwerer Motorradunfall. Ein schwerer Motorradunfall ereignete sich auf der Gronauer Landstraße (Westfalen). Der Metzger Oelerich und der Uhrmacher Schmale führten wegen des starken Nebels ihre Fahrräder an der Hand, als aus der entgegengesetzten Richtung plötzlich ein Motorrad, auf dem sich die Brüder Heinrich und Anton Tumbuelt befanden, in die beiden Männer hineinfuhr. Schmale wurde dabei in den Chausseegraben geworfen und erlitt schwere Verletzungen. Anton Tumbuelt wurde so schwer verletzt, daß er auf der Stelle starb, während sein Bruder im Krankenhaus seinen Verletzungen erlag.

Folgenschwere Explosion. In Krefeld-Königshofen sollte in einem Schmiedebetrieb eine Luftdruckpumpe aufgestellt werden. Um den Zylinder der Pumpe zu lösen, wurde sie auf das Schmiedefeuer gelegt. Kurz darauf erfolgte eine Explosion. Der 21jährige Arbeiter Stammsen wurde dabei getötet, ein Schmiedemeister erlitt ernste Kopfverletzungen und Rippenbrüche.

Aus Rache niedergeschossen. In Duisburg-Hamborn wurde auf offener Straße der Stadtobersekretär Heinrich Große-Schaeper vom Hamborner Fürsorgeamt von dem Friseur Holit durch drei Revolverschüsse lebensgefährlich verletzt. Der Täter hatte vor einiger Zeit beim Fürsorgeamt den Antrag auf Unterstützung wegen schlechten Geschäftsganges gestellt, war aber abgewiesen worden. Dieser Entscheid wurde dem Antragsteller mitgeteilt. Der Täter scheint sich dann in die fixe Idee verrannt zu haben, daß der Beamte an dem Ablehnungsbescheid schuld habe. Der Beamte wurde ins Krankenhaus gebracht und operiert. Der Täter konnte festgenommen werden.

In zweiter Instanz freigesprochen.

Berlin, 2. Dezember. Die Bundesführer des Stahlhelm, Franz Seldte und Oberstleutnant a. D. Duesterberg, sowie der verantwortliche Redakteur der Zeitschrift „Der Stahlhelm", Wilhelm Kleinau, wurden in der Berufungsinstanz wegen des Aufrufs „Kampf dem Zwischenreich!" von der Anklage des Vergehens gegen das Republikschutzgesetz auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Die Staatsanwaltschaft hat Berufung eingelegt.

Auflösung eines Ministeriums.

Darmstadt, 2. Dezember. Das hessische Ministerium für Arbeit und Wirtschaft ist mit sofortiger Wirkung aufgelöst worden. Die Abteilung für Handel, Gewerbe und Sozialfürsorge wird dem Ministerium des Innern, die Abteilung für Landwirtschaft dem Finanzministerium zugeteilt.

Sturmwetter in Italien.

Ein schweres Unwetter tobte in ganz Italien, das an verschiedenen Orten auch Menschenleben forderte.

In der Nähe von Neapel stürzte ein Haus ein, das vier Personen verschüttete, ein Kind wurde dabei getötet. Auch in Neapel selbst verursachte der starke Regen Erdstürze und Ueberschwemmungen. In Caltagirone wurden durch den Einsturz einer Kirche zwei Kinder getötet, während ein drittes verwundet wurde. Infolge der anhaltenden Regengüsse sind mehrere Flüsse über die Ufer getreten. So wurden die tiefer gelegenen Stadtteile von Pescara überschwemmt, so daß das Telegraphen- und das Postgebäude isoliert wurden. Der Fluß Vilmeo bei Cassino überschwemmte weite Strecken behauten Feldes. Ein Bauernhaus stand bis zum ersten Stockwerk unter Wasser. Die Familie war aber trotzdem nicht zum Räumen des gefährdeten Gebäudes zu bewegen.

Ein Mensch sucht Gott

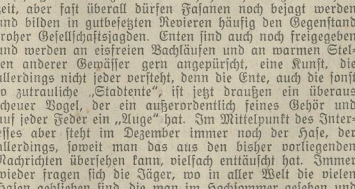
Im Jahre 1920 sind zuerst die Erinnerungen eines Malermönchs mit dem Titel „Die Unruhe zu Gott" erschienen. Das Buch wurde — im Hinblick auf seinen Ernst und die Strenge des Themas — erstaunlich schnell bekannt; der Verlag weiß zu berichten, daß nun schon das 37. Tausend aus der Presse kam. Das sich vorzuhalten, überhaupt „Die Unruhe zu Gott" mit dem nun erscheinenden zweiten Band der Erinnerungen zu vergleichen, ist nützlich, ja notwendig. Beide Bücher sollen wir wert halten: sie vermögen dem Menschen der Gegenwart viel zu geben!

Das erste fand einen so weiten Leserkreis, weil darin ein für unsere Zeit beispielhaftes Schicksal sich abrollte: ein junger Mensch — Künstler und also weltoffen und seiner Zeit zugewandt — geht aus seiner holländischen Heimat davon, nach Frankreich, nach Paris; er erlebt mehr das Leben, als daß er es „meistert". Ist empfindsam und klug und sieht zu scharf, um nicht zu erkennen, wie hart sich die Dinge im Raume stoßen. Ursprüngliche Gottessehnsucht wird im Lärm des Tages und vieler Erlebnisse doppelt stark, und so findet der junge Verkade auf den Wegen der Welt zur Kirche. Er läßt sich taufen, weilt als Gast mehrere Monate bei den Franziskanern in Fiesole, dann im Kloster Beuron und entschließt sich, Benediktinermönch zu werden. Damit endet die „Unruhe zu Gott".

„Der Antrieb ins Vollkommene"* schließt sich unmittelbar an. Zuvor: was vom ersten Teil der Lebensgeschichte Verkades gilt, läßt sich auch vom zweiten sagen — er ist aus tiefer Menschenliebe geschrieben, und dieser alles beherrschende Wille zum Verstehen, Helfen und Klären prägt sich dort wie hier in jedem Satz aus. Alles wird einfach, scharf umrissen, aber doch — möchte man sagen — munter berichtet; es leben der weltfrohe Maler und der gottsuchende Mönch in den beiden Büchern.

Sind beide Bücher auf solche Weise durch die Einheit des Menschen, der sie schrieb, in vielem verwandt, trennt sie doch etwas Wichtiges: Der junge Maler ist im „Antrieb ins Vollkommene" Mönch geworden, er lebt von nun an im Kloster und empfängt die Priesterweihe. Seine ganze Welt ändert sich, und wer ihn aus der „Unruhe zu Gott" kennt, der wird nun staunend und nachdenklich die Wandlung, Beruhigung, den Weg in die Klarheit verfolgen. War jenes Werk im besondern angiebend durch Kontrastwirkungen, Auf und Ab — so ist es das neue durch die Stetigkeit seines Ablaufs, durch die Einsichten, die es über die monastische Geisteshaltung, die Probleme und Schönheiten des Klosterlebens vermittelt. Und das sind Dinge, die zu kennen und um deren Wesen zu wissen der Gegenwart nützlich und notwendig ist. Um so mehr, wenn ein Mensch davon erzählt, der insbesondere durch sein Künstlertum zur Betrachtung alles realen Geschehens weitum in der Welt geschaffen ist!

* Willibrord Verkade, Der Antrieb ins Vollkommene. Erinnerungen eines Malermönchs II. Mit einem Titelbild und 6 Tausend gr. 8° (VIII u. 360 S.) Freiburg im Breisgau 1931, Herder. Kartoniert 5 M.; in Leinwand 6 M.



Die Jagd im Dezember.

Das Weihnachtsfest steht vor der Tür. Ueberall regen sich liebe Hände, beschäftigen sich ernste Gedanken, um den Lieben auch in diesem Notjahr eine Freude zu bereiten. Vergiß über all diesem löblichen Tun, lieber Weidmann, dein Wild nicht, schütte auch ihm deine Gaben, auch dort, wo der Winter bis jetzt nicht hingekommen ist! Kein Mensch kann wissen, was der heimtückische Gesell uns noch bringen wird, uns und unserem Wilde. Noch der Nachwinter 1931 hat uns eine Probe davon gegeben, wie ein anfänglich harmlos sich gebender Winter zu einem grausamen Quälgeist werden kann zu einer Zeit, wo man ihn längst über allen Bergen glaubte.

Jagdlich bildet der Dezember der Jul der Alten, den Abschluß der Erntezeit. Die Rebhühner haben zwar Schonzeit, aber fast überall dürfen Fasanen noch bejagt werden und bilden in gutbesetzten Revieren häufig den Gegenstand froher Gesellschaftsjagden. Enten sind auch noch freigegeben und werden an eisfreien Bachläufen und an warmen Stellen anderer Gewässer gern angepürscht, eine Kunst, die allerdings nicht jeder versteht, denn die Ente, auch die sonst so zutrauliche „Stadtente", ist jetzt draußen ein überaus scheuer Vogel, der ein außerordentlich feines Gehör und auf jeder Feder ein „Auge" hat. Im Mittelpunkt des Interesses aber steht im Dezember immer noch der Hase, der allerdings, soweit man das aus den bisher vorliegenden Nachrichten übersehen kann, vielfach enttäuscht hat. Immer wieder fragen sich die Jäger, wo in aller Welt die vielen Hasen geblieben sind, die man im Hochsommer gesehen und die man noch in der ersten Zeit der Hühnersuche hochgemacht hat. Mit dem guten Hasenjahr ist es also durchweg nichts, und deshalb überlegt es sich mancher Revierinhaber, ob er die für den Jul angesetzte Treibjagd auch wirklich abhalten soll.

Wo es mit der Treibjagd nichts ist, werden noch einige Krumme auf der Suche geschossen, und dann macht man eben Schluß. Dann wird es höchstwahrscheinlich im nächsten Jahr mit dem Hasenbesatz besser aussehen; für einen guten Nachwuchs ist ja dann die richtige Voraussetzung gegeben, vorausgesetzt, daß keine Seuche unter den Krummen ausgebrochen ist. Diese Befürchtung ist nämlich bereits laut geworden, sie entbehrt jedoch vorläufig noch jeder Begründung, weil die wissenschaftlichen Institute bisher nichts Verdächtiges festgestellt haben. Findet aber der Jäger im Revier eingegangene Hasen, dann tut er gut daran, sie solchen Instituten einzusenden. Der kluge Mann baut vor!

Im Dezember ist ferner noch Abschußgelegenheit gegeben auf weibliches Rot- und Damwild und auf Wildkälber. Teilweise sind auch die Hirsche noch frei, aber die läßt man jetzt in Ruhe, wenn es sich nicht um ausgesprochene Abschußkandidaten oder um Schadhirsche handelt, denen man bisher nicht beikommen konnte. Aber auch so ist im Jul noch Gelegenheit zur hohen Jagd, denn das Schwarzwild rauscht und die Gemsen stehen in der Brunft. Glücklich die, die noch auf Bartgams weidwerken dürfen im winterlichen Hochgebirg, und glücklich die, denen es vergönnt ist, dem wehrhaften Bassen dann, wenn ihn die Liebe packt, die Kugel anzutragen. Die Kugel, denn der Schrotschuß auf das urige Schwarzwild ist auch dort, wo er noch nicht verboten ist, gemeine Aasjägerei, die durch nichts zu entschuldigen ist!

Reich ist für den Jäger der Monat Dezember, reich an jägerischen Freuden, reich an hegerischen Pflichten. Aber leicht ist des Weidmanns Wirken auch nicht immer, namentlich dann nicht, wenn Frau Holle allzu freigebig ihre unerwünschten Gaben spendet.

Spiel und Sport.

Nebraer Sportvereinigung 1924.

Die Sonntag in Freyburg ausgetragenen Verbandsspiele wurden von uns verdient gewonnen. Im Spiel der ersten Mannschaften konnten wir mit 2 Ersatzleuten einen völlig verdienten 3:2-Sieg erringen. Vor einigen hundert Zuschauern lieferten sich beide Mannschaften unter der Leitung von Herold (05 Naumburg) einen erbitterten Kampf. Vom Anspiel weg kamen wir gut durch, doch der placierte Torschuß fehlt. In der 3. Minute ist es unser Torwart Fuchs, welcher die 1. Halbzeit im Sturm mitwirkte, der einen Fehler der gegnerischen Verteidigung gut ausnützt und die Führung an uns bringt. Den Freyburgern geht es auch nicht besser als unseren Stürmern, denn einige gute Sachen werden glatt verschossen. Kurz vor Halbzeit kann Vollandt einen Nachschuß zum 2:0 in die Maschen setzen. Nach Halbzeit nutzt der Halblinke Kretzschmar einen Fehler unserer Verteidigung aus und verkürzt auf 2:1. Fuchs zieht sich aus dem Sturm zurück und hütet sein Heiligtum selbst. Das Spiel, was reich an spannenden Momenten war, bringt jedoch hüben wie drüben trotz vieler sich bietender Gelegenheiten keine zählbaren Erfolge. Unser Mittelstürmer kann einen Fernschuß in die untere linke Torecke setzen und so führen wir wiederum 3:1. Nun entspann sich ein flottes Kämpfchen. Die Freyburger können noch auf 3:2 verkürzen. Die letzten 3 Minuten spielen sie überlegen, aber unsere verstärkte Hintermannschaft hält das herausgewirtschaftete Resultat. Fuchs zeigte in diesen drei Minuten noch einige Glanzparaden. Der Sieg ist durchaus verdient, da wir technisch ein ganz Teil besser waren. Die 2. Mannschaft, die auch mit Ersatz antreten mußte, strengte sich nicht allzusehr an und gewann schließlich 4:2. Die 2. Mannschaft steht durch diesen erneuten Sieg immer noch unangeschlagen an der Spitze der 3. Klasse im Unstrutbezirk. Die 3. Mannschaft hielt sich bis 10 Minuten vor Schluß mit 1:0 noch recht tapfer. Aber in den letzten 10 Minuten fingen dann die Masseleien an, wodurch der Gastgeber zu dem verdienten Siege kam. Das Spiel der Jugendmannschaft fiel aus.

Weitere Ergebnisse aus dem Bezirk: 2 Klasse: Kirchscheidungen 1. — L.B.C. Laucha 1. 1:1, Roßleben: S.C. Eintracht 1. — Spv. Gleina 1. 10:0. 3. Klasse: Kirchscheidungen 2. — L.B.C. Laucha 2. 4:3, Weißenschirmbach V.f.L. 2. — TV. Rastenberg 1. 0:10.

Nächsten Sonntag finden hier folgende Verbandsspiele statt: 1. — Laucha 1., 2. — Laucha 2., Jugend — Laucha Jgd.

Terminliste für die Frühjahrs-Verbandsserie im Unstrut-Gau.

6. Dezember:
Bottendorf I — Freyburg I
Weißenschirmbach, I — Kirchscheid. I
Nebra I — Laucha I
Roßleben I — Roßleben II

20. Dezember:
Nebra I — Roßleben II
Weißenschirmb I — Roßleben I
Laucha I — Gleina I
Freyburg I — Kirchscheid. I

27. Dezember:
Weißenschirmbach I — Gleina I
Laucha I — Freyburg I
Roßleben I — Kirchscheidung. I
Bottendorf I — Nebra I

3. Januar:
Gleina I — Freyburg I
Nebra I — Kirchscheidungen I
Weißenschirmb. I — Roßleben II
Laucha I — Roßleben I

10. Januar:
Roßleben I — Freyburg I
Weißenschirmbach I — Nebra I
Gleina I — Kirchscheidungen I
Roßleben II — Bottendorf I

17. Januar:
Freyburg I — Roßleben II
Weißenschirmbach I — Laucha I
Nebra I — Roßleben I
Kirchscheid. I — Bottendorf I

24. Januar:
Roßleben I — Nebra I
Gleina I — Roßleben II

31. Januar:
Weißenschirmb. I — Freyburg I
Gleina I — Nebra I
Roßleben II — Laucha I
Bottendorf I — Roßleben I

7 Februar:
Roßleben II — Kirchsch. I
Bottendorf I — Gleina I

Der Turnausschuß (D. T.) des Kyffhäusergaues tagte!

Gaufachwarte und Bezirksoberturnwarte hatten sich am Sonntag in Nordhausen, Rest. Finkenburg, zur Jahrestagung des Gauturnausschusses eingefunden. Gauobertw. Zietz-Nordhausen als Leiter dieser interessanten Tagung begrüßte herzlich die Erschienenen und leitete über zu dem umfangreichen Beratungsstoff. Aus seinem Bericht über das verflossene Kreisturnfest in Erfurt ging hervor, daß der Gau mit 342 Teilnehmern und 18 Fahnen an dem Fest teilnahm, welches auch diesmal dem Gau wieder beträchtliche Erfolge brachte.

Die Lehrarbeit im Gau hatte einen guten Erfolg, ebenso die Gauvorturnerstunden. — An den in den einzelnen Bezirken ausgetragenen Bezirksturnfesten beteiligten sich insgesamt 2000 Wettkämpfer. — Aus dem für's kommende Jahr aufgestellten Arbeitsplan sei besonders das Gauturnfest hervorgehoben, welches in den Tagen vom 11. bis 12. Juni in Artern stattfinden wird. Neben diesem Fest kommt noch ein Gauschwimmfest und ein Hallensportfest zum Austrag. Die Anschriften der Gauvereine sollen bis zum 9. Februar an Gauobertw. Zietz, Nordhausen, getätigt sein. — Bezirkslehrstunden müssen im kommenden Jahr in den Bezirken abgehalten werden, jedoch sind davon diejenigen, die in Festvorbereitungen stehen, ausgenommen. Also würde nur Turnbezirk Artern davon ausgenommen sein. Die Zahl derselben soll bis 4 betragen. — Der bisherige Gauoberturnwart Zietz soll auf einstimmigen Beschluß der Versammlung dem Gauturntag zur Wiederwahl vorgeschlagen werden. — Auf Wunsch werden im neuen Jahr auch im Kyffhäusergau Vereinsmehrkampfmeisterschaften ausgetragen. — Lehrgangsteilnehmer an der Deutschen Turnschule müssen innerhalb 4 Wochen nach Beendigung des Kursus dem Kreisturnwart Bericht erstatten. Die Turnschule absolvierten im vergangenen Jahr 9 Teilnehmer. — Am 21. Februar findet in Sangerhausen ein Hallenturnfest zur Ermittlung der Gaubesten im Geräteturnen statt, die später einen Gaugerätewettkampf mit zwei benachbarten Gauen bestreiten sollen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311203-12/fragment/page=0003

Die Schifferbank im Artushof.

Zum 450jährigen Bestehen des Danziger Artushofes.

Der Artushof in Danzig, der am 2. Dezember vor 450 Jahren, nachdem er 1479 niedergebrannt war, auf dem Markte neu errichtet wurde, ist noch heute ein stolzes Denkmal der reichen Handelsgeschichte jener alten deutschen Hansestadt.

Im Artushof spielte sich das gesellschaftliche Leben der Danziger Großhändler, Krämer, Gewandschneider und Brauer ab, die sich hier für ihre Handelsgeschäfte und für ihr Vergnügen ein Heim geschaffen hatten. Auch die Seeschiffer hatten im Artushof eine Bank, d. h. einen Platz, an dem sie sich zu fröhlichem Umtrunk versammelten oder ihre Geschäfte besprachen.

Der Mairitt zu Pfingsten und auch die anderen großen christlichen Feste brachten große gemeinsame Feiern aller Artusbrüderschaften, aber auch so gab es Gelegenheit zu kleinen Festen, wie aus den Ueberlieferungen der Schifferbank klar hervorgeht. So lesen wir zum Beispiel in einer Eintragung aus dem Jahre 1608: „Schiffer Jürgen Ackermann hat sich wieder verändert und hat für ein alt Weib ein jung Weib gekriegt, dafür soll er ein Gericht geben." Es fehlte also nicht an Humor, und der Schiffer Jürgen Ackermann hat es sich sicherlich nicht zweimal sagen lassen, daß er nun seine Bankgenossen im Artushof festlich zu bewirten habe. Der Statthalter Hans Schultz wurde verpflichtet, „vier Stof Wein zum besten zu geben", wenn er mit seinem Schiff glücklich aus Spanien heimgekehrt sein würde. Die Schiffer aber tranken auch des öfteren über den Durst und verletzten die Bankgerechtigkeit, indem sie auch über die Zeit blieben, denn um 10 Uhr sollte der Artushof geschlossen sein. Für solche Verletzungen oder auch als Buße bei Streitigkeiten wurden bestimmte Strafen festgesetzt. Auch wer eines alten Streites aufs neue erwähnte, wurde bestraft, sei es einen guten Pfefferkuchen zu geben oder einen Trunk zu stiften, auch Geldbußen wurden angewandt. Die schlimmste Strafe für die Schiffer mag es aber wohl gewesen sein, wenn ihnen „das Bier gelegt" wurde, d. h. wenn sie im Artushof nichts mehr zu trinken bekamen. Mit einem so Bestraften durfte sich auch kein Bruder zum Trinken setzen, wenn er es nicht mit einem Faß Danziger Bier büßen wollte.

Bei den Schiffern wurde auch viel gewettet, was der Beruf ja mit sich brachte, denn in der Unterhaltung stritt man sich, ob ein Schiff ankommen werde, oder ob es eine bestimmte Last halten könne, oder ob „Michael Schacht schon 25 Jahre Schiffer sei oder nicht". Meistens endete so ein Streitgespräch mit einer Wette. Es war im Alltag ein fröhliches Stammtischtreiben im großen, aber das entscheidende blieb, daß alle Veranstaltungen des Artushofes einen gut fundierten Wohlstand, eine starke wirtschaftliche Macht bekundeten. Gerade im deutschen Osten war der Unternehmungsgeist, die Welterfahrung der Artusbrüder zugleich ein starker Kulturhebel. Erst im 17. Jahrhundert verblich infolge kriegerischer Wirren der Glanz des Artushofes. Der Danziger aber ist noch heute nicht wenig stolz auf seine ruhmvolle deutsche Vergangenheit und ist bestrebt, sich allen Widerständen zum Trotz auch in der Gegenwart seine kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung nicht schmälern zu lassen.

— **8-Pfg.-Stephan-Postkarten verlieren ihre Gültigkeit.** Die am 7. Januar 1931 ausgegebenen Postkarten mit dem Bildnis des Generalpostmeisters von Stephan werden von den Postanstalten nur noch bis Ende November verkauft. Ende Dezember 1931 verliert der Freimarkenstempel von 8 Reichspfennig auf den Stephankarten seine Gültigkeit. Karten, die von den Käufern bis dahin nicht aufgebraucht sind, können während des Monats Januar 1932 bei den Postanstalten gegen Freimarken oder gewöhnliche Postkarten gebührenfrei umgetauscht werden.

— **Kanada nimmt wieder deutsche Landwirte auf.** Die kanadische Regierung hat für das Jahr 1932 die Einwanderung von landwirtschaftlichen Familien deutscher Staatsangehörigkeit in den See-Provinzen Kanadas Neu-Braunschweig und Neu-Schottland vorgesehen. Familien, die außer dem Fahrgeld über Mark 4000.— verfügen und zur Auswanderung nach Kanada entschlossen sind, erhalten Auskunft über Abfahrten, Fahrpreise und erforderliche Einreisepapiere bei der Hamburg-Amerika-Linie oder ihren Vertretern.

○ **Neue Augen zum Himmel.** Auf dem Gelände des Observatoriums Mt. Wilson bei Pasadena in Kalifornien, das Professor Einstein vor einigen Jahren zum Ziele einer Studienreise machte, wird jetzt ein neues Riesenteleskop errichtet werden, welches einen Reflektor von mehr als einhundert Zoll hat. Die Beobachtung des Firmaments wird danach von hier aus in einer Weise möglich sein, wie es in der Welt nirgends der Fall ist!

Weihnachtsbastler an die Arbeit!

In Nord- und Mitteldeutschland beginnt eine Sitte sich immer mehr einzubürgern, die im Süden Deutschlands bereits mehrere hundert Jahre heimisch ist, und die sich von dort aus auch lange schon Westdeutschland erobert hat. Es ist der Bau einer Hirtenhütte, Krippe genannt, in der zu Weihnachten das Christkind und seine Eltern aufgestellt werden. Nicht nur Kinder, auch Erwachsene widmen sich dieser Arbeit. In vielen Orten herrscht ein richtiger Wettbewerb um die schönste Krippe. Man baut sie im kleinsten Ausmaß und größer. Als Baumaterial dienen bald Holz und Borke, bald Stein oder Fels. Bescheidenere begnügen sich mit Imitationen aus Papier oder Pappe. Nach dem Umfang der Anlage richtet sich die Figurenzahl. Hirten und ihre Herden treten hinzu, oft auch Engel und als beliebte Ergänzung die drei Weisen aus dem Morgenlande mit kleinem oder großem Gefolge. Die Figuren bilden den festen, von Jahr zu Jahr wachsenden Bestand für den Krippenbau. Meist werden sie fertig gekauft. In Süddeutschland widmen sich ganze Gemeinden der Krippenschnitzerei. Wer irgend kann, erwirbt sich Figuren aus echtem Material, jedoch gibt es heute auch sehr annehmbare, nach Künstlerentwürfen hergestellte Krippenfiguren aus Gips. Kurz vor Weihnachten werden Ausstellungen veranstaltet. Sie zeigen, was Liebe zur Sache und geschickte Hände zustande bringen. Der Gedanke des Krippenbaues ist von Italien ausgegangen. Man sagt, daß der große Naturfreund und Ordensstifter Franz von Assisi die erste Weihnachtskrippe gebaut habe. Heute wird die schöne Sitte auch in vielen nichtkatholischen Familien schon geübt. Es wird jetzt Zeit, an den Bau zu denken. Der schneefreie Wald bietet reiches Baumaterial.

Weihnachten in Bethel.

Es ist doch wahr, daß durch das Kind von Bethlehem ein neuer Schein in die dunkle Welt gekommen ist! Wenn Tausende sagen, sie sähen nichts davon, wenn in dieser schweren Zeit viele Herzen sich dem Licht der anderen Welt zu verschließen, so hört es darum doch nicht auf zu leuchten. Und wenn die heilige Nacht aufs neue zu uns kommt, dann dringt in alles Leid und allen Kampf der Erde ihre Freudenbotschaft tief hinein: „Also hat Gott die Welt geliebt."

Daß wir an diese Liebe Gottes glauben dürfen, das allein gibt uns in Bethel Mut zu unserem Dienst. Er ist immer noch am Wachsen. Fast 6000 Epileptische und Gemütskranke, Arbeits- und Heimatlose werden zu Weihnachten an unseren Tischen sitzen. Viele von ihnen sind ganz einsam. Allen möchten wir gern eine kleine Freude bereiten. Sie soll ein bescheidener Abglanz der himmlischen Liebe sein, die in dem Christkind offenbar geworden ist.

Darum schauen wir wieder aus nach fröhlichen Mithelfern beim Weihnachtsdienst von Bethel. Alles ist uns sehr willkommen: Kleidungsstücke, Mäntel, Strümpfe und Schuhe, vor allem für Männer; ebenso Lebensmittel jeder Art, Spielsachen für Kinder und Gesellschaftsspiele für Erwachsene, Bücher oder Bilder. Sehr wertvoll ist uns auch Strickwolle. Unserem „Weihnachtshaus" wird das Verteilen sehr erleichtert, wenn uns die Gaben so früh wie irgend möglich gesandt werden. (Anschrift: Weihnachtshaus Bethel b. Bielefeld, Bahnstation Brackwede.) Will uns aber jemand lieber das Einkaufen überlassen, freuen wir uns auch über jede Geldgabe (Postscheckkonto Hannover 1904).

Mit herzlichen, dankbaren Weihnachtsgrüßen

F. v. Bodelschwingh, P.

Bethel bei Bielefeld, im Advent 1931.

Frisch eingetroffen:

Molkerei-Butter	Stck. 70 ₰	**Allgäuer Käse**	Stange 50 ₰
Hering i. Gelee	Ltr.-Dose 70 „	**Runde Käse**	6 Stck. 35 „
Bratheringe	Ltr.-Dose 65 „	**Edamer Käse**	1/4 Pfd. 22 „
Sardinen	Ltr.-Dose 80 „	„ Vollfett	1/4 Pfd. 28 ₰

Vierfrucht-Marmelade Pfund nur **42** ₰
Pflaumenmus Pfund nur **40** „
Erdbeer-Konfitüre Pfund nur **55** „
Weizenmehl 5-Pfund-Beutel **95 Pfg.**
Kunsthonig Pfund **38** ₰
Margarine Pfund **38** „
Cocosfett Pfund **48** „

Thams & Garfs

Nebra a. U. **Breite Straße 21**

Wendelstein

Sonntag, den 6. Dezember, nachm. 3 Uhr

Preisskat.

Wasser- und Dauerwellen

für langes und kurzes Haar durch den bekannten

Fu-Fa-Apparat, 6–8 Monate haltbar

Bis Weihnachten Ermäßigung

Gute und saubere Bedienung

Friseur Nische, Wiehe (Unstruttal)
Nähe Postamt

Zwangsversteigerung.

Donnerstag, d. 3. Dez., vorm. 11 Uhr versteigere ich in Nebra a/U., Versteigerungslokal Hotel „Zur Burg":

1 Posten Weihnachtsspielsachen (Spiele, Puppen pp.)
1 Posten Emaillewaren (Kannen, Töpfe, Schüsseln)
50 Paar Herren- und Damenstrümpfe
7 Dutzend Weckgläser
1 Posten Handarbeitsvorlagen
1 Schreibtisch
5 Hühner
50 Flaschen Wein
25 Schlüpfer
16 kg Bohnerwachs
3 kg Wolle
125 Pfund Kleesamen
1 große goldene Herrenuhr
1 Standuhr
1 Regulator
4 halbe Dutzend Bestecke
2 Fruchtschalen

öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung.

Schalle,
Obergerichtsvollzieher.

Eine Ladung

Weihnachtsbäume

wieder eingetroffen

Franz Koch, Nebra.

F. Poppe

— Rechtsbeistand Wiehe —

Zugelassen bei den Amtsgerichten Nebra und Wiehe. — Vertrete Prozesse und besorge alle gerichtlichen Angelegenheiten. Halte im „Weißen Roß"-Nebra Sprechtag.

Drucksachen

für Handel, Gewerbe und Industrie fertigt an

Buchdruckerei W. Sauer Roßleben a. U.

Polizeiverordnung über die Polizeistunde.

Auf Grund des § 14 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (Reichsgesetzblatt I S. 146), des Abschnittes I Nr. 3 der Preußischen Verordnung vom 18. Juni 1930 zur Durchführung des Gaststättengesetzes (Preußische Gesetzsamml. Seite 117) und des § 25, Absatz 3 und 4 und des § 33 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 1. Juni 1931 (Preußische Gesetzsammlung S. 77) wird nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes mit Zustimmung des Provinzialrats für den Umfang der Provinz Sachsen folgendes verordnet:

§ 1.

Für Gast-, Schank- und Speisewirtschaften aller Art sowie für Theater, Lichtspielvorführungen, Varietes, Kabaretts und für alle Darbietungen, die eine Erlaubnis nach § 33a der Reichsgewerbeordnung bedürfen, wird der Beginn der Polizeistunde allgemein auf 1 Uhr festgesetzt.

Die Polizeistunde endet in allen Fällen um 6 Uhr.

Für die Silvesternacht wird der Beginn einer Polizeistunde nicht festgesetzt.

§ 2.

In den Stadtkreisen Magdeburg und Halle a. S. beginnt die Polizeistunde um 2 Uhr und in den Nächten vom Sonnabend zum Sonntag und vom ersten zum zweiten Weihnachtsfeiertage um 3 Uhr.

In dem Stadtkreise Erfurt beginnt die Polizeistunde in den Nächten vom Sonnabend zum Sonntag und vom ersten zum zweiten Weihnachtsfeiertage um 2 Uhr.

Der Oberpräsident kann für die Betriebe, denen die Polizeipräsidenten in Magdeburg und Halle a. S. bisher auf Grund des § 2 Abs. 2 der Polizeiverordnung über die Polizeistunde vom 4. Dezember 1930 einen Beginn der Polizeistunde von 3 Uhr gewährt hatten, eine angemessene Uebergangszeit bewilligen.

§ 3.

Die Ortspolizeibehörde kann bei nachgewiesenem Bedürfnis
a) für einzelne Veranstaltungen, gemäß § 1,
b) aus besonderem Anlaß auch allgemein, jedoch nur vorübergehend,

den Beginn der Polizeistunde anderweit festsetzen.

In Kur- und Badeorten kann die Ortspolizeibehörde während der Sommer- und Winterzeit den Beginn der Polizeistunde allgemein auf 2 Uhr festsetzen.

Die Ortspolizeibehörde hat vor jeder allgemeinen anderweitigen Festsetzung des Beginns der Polizeistunde die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes zu hören.

§ 4.

Die Ortspolizeibehörde kann bei nachgewiesenem dringendem, öffentlichem Bedürfnis für einzelne Schank- und Speisewirtschaften das Ende der Polizeistunde auf einen früheren Zeitpunkt als 6 Uhr festsetzen, frühestens jedoch auf 4 Uhr.

§ 5.

Für Jahrmärkte, Vergnügungsparks, sogenannte Rummelplätze und Darbietungen, die einer Erlaubnis gemäß § 33b der Reichsgewerbeordnung bedürfen, wird der Beginn der Polizeistunde allgemein auf 22 Uhr, in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag auf 23 Uhr, das Ende der Polizeistunde auf 8 Uhr festgesetzt.

Die Ortspolizeibehörde kann bei nachgewiesenem Bedürfnis für Feste nach dem Absatz 1, die nicht von Gewerbetreibenden, sondern von örtlichen Vereinen (Schützenvereinen, Landwehrvereinen, Sängervereinen, Turnvereinen, Radfahrverein, Feuerwehr, politischen Bünden und dergl.) veranstaltet werden, die Polizeistunde anderweitig, jedoch an Wochentagen nicht über 23 Uhr, an Sonnabenden und Sonntagen nicht über 24 Uhr festsetzen.

§ 6.

Die Ortspolizeibehörde kann, unbeschadet der Maßnahmen aus § 12 des Gaststättengesetzes, einen früheren Beginn oder ein späteres Ende der Polizeistunde festsetzen, wenn sich der Wirt oder sein Stellvertreter in der Ausübung seines Gewerbes unzuverlässig erweist, oder sich aus seiner Geschäftsführung Unzuträglichkeiten für Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ergeben.

Als Unzuverlässigkeit ist insbesondere die Nichtbeachtung der Polizeistunde, die Nichtinnehaltung der Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeitnehmern anzusehen. Als Unzuverlässigkeit gilt ferner der Umstand, daß der Wirt oder sein Stellvertreter es wiederholt nicht verhindert hat, daß in den Räumen des Betriebes Ausschreitungen stattfinden oder in ihnen Personen sich versammelten, die von dort zur Begehung strafbarer Handlungen oder zu gemeinsamen Abwehrhandlungen ausrückten.

§ 7.

Die Ortspolizeibehörde kann nach Anhörung der wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse für Destillationsbetriebe (Betriebe, in denen lediglich oder vorzugsweise Branntwein ausgeschänkt wird) einen früheren Beginn der Polizeistunde, als im § 1 bestimmt ist, festsetzen.

§ 8.

Für jeden Fall der Nichtbefolgung dieser Polizeiverordnung wird, soweit nicht nach dem § 29 Nr. 6 und 7 des Gaststättengesetzes vom 28. April 1930 (Reichsgesetzblatt I Seite 146) Bestrafung zu erfolgen hat, hiermit die Festsetzung eines Zwangsgeldes in Höhe bis zu 150 RM., im Nichtbeitreibungsfalle die Festsetzung einer Zwangshaft bis zu zwei Wochen angedroht.

§ 9.

Diese Polizeiverordnung tritt am Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft. Sie tritt, sofern sie nicht vorher aufgehoben wird, am 31. Dezember 1960 außer Kraft.

Mit dem Inkrafttreten dieser Polizeiverordnung tritt die Polizeiverordnung über die Polizeistunde vom 4. Dezember 1930 (Amtsblatt der Regierung Merseburg S. 263) mit der Polizeiverordnung über Abänderung der Polizeiverordnung über die Polizeistunde vom 15. Januar 1931 (Amtsblatt der Regierung Merseburg S. 17) außer Kraft.

Magdeburg, den 30. Oktober 1931.

Der Oberpräsident der Provinz Sachsen.
Dr. Falck.

Wird veröffentlicht.

Nebra, den 1. November 1931.

Die Polizeiverwaltung. Grünberg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311203-12/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 144 Donnerstag, den 3. Dezember 1931. 44. Jahrgang

Schuldendebatte und Abrüstung.

Zur gleichen Zeit als die französische Kammer — in Abwesenheit des Außenministers, der am mandschurischen Kompromiß arbeitete — über die französische Außenpolitik debattierte, tagte im Haus der Völkerbundsorganisation für geistige Zusammenarbeit der große internationale Abrüstungskongreß, der auf jener denkwürdigen Vorbesprechung deutscher, französischer, italienischer, englischer und belgischer Politiker Ende Juli vorbereitet wurde. Dieser Kongreß sollte nicht die Regierungen, die oft genug in Genf ihre Stimme zur Abrüstungsfrage erhoben und durch die Ausarbeitung des bekannten, abrüstungsfeindlichen Abkommensentwurfes bisher in ihrer Mehrzahl leider gegen die Abrüstung gesprochen haben, sondern die Völker — durch den Mund der Parlamentarier — zu Wort kommen lassen. Er fand in Paris statt, weil seine Veranstalter glaubten, daß gerade Frankreich die Stimme der Welt in der Abrüstungsfrage hören müsse. „Der 26. und 27. November müssen zur Erziehung der französischen Oeffentlichkeit beitragen."

Dieser Wunsch ist nur zu einem bescheidenen Teil in Erfüllung gegangen. Die französische Oeffentlichkeit hat sich, das muß leider gesagt werden, stark von diesem Kongreß zurückgehalten, wenn sie ihn nicht wüst beschimpft oder, wie gewisse Elemente bei der großen Schlußkundgebung im „Trocadero", direkt gestört hat. Sein Widerhall in der französischen Presse war ungleich geringer, als etwa in der deutschen und der englischen. Die Parole, den Kongreß — wenn nicht anzugreifen, so wenigstens totzuschweigen — scheint, vielleicht von Kreisen des Generalstabes, ausgegeben worden zu sein, und ist auch von einem Teil der Presse befolgt worden. Daß für die Rundfunkübertragung der großen Schlußfeier nur der winzige Sender „Paris PTT" (er ist 1 Kilowatt stark) und nicht die übrigen, viel weitertragenden Pariser Sender gewählt worden war, scheint ebenfalls in dieser Richtung zu deuten. Daß der Kongreß selber kein einheitliches Bild bieten konnte war von vornherein klar, da hier — selbst bei vorausgesetzter grundsätzlicher Abrüstungsbereitschaft — doch sehr weit auseinandergehende Meinungen zu Wort kamen. Freilich konnte man nicht voraussehen, daß ein Mann wie Painlevé derart eindeutig den Standpunkt des französischen Generalstabes und Maginots vertreten werde, wie ihm der junge Pierre Cot, selber französischer Abgeordneter, beschwichtigte — und noch weniger die bedauerliche und lärmhafte organisierte Störung der großen Kundgebung im Trocadero, die sogar eine zeitweilige Unterbrechung notwendig machte . . .

Dennoch wird diese Kundgebung für die Abrüstung ihre Bedeutung und ihren Wert behalten. So klar wie hier ist noch nie in Paris ausgesprochen worden, daß die überwiegende Mehrheit des europäischen Kontinents, und mit ihm: der ganzen Welt, die allgemeine, sofortige und gleiche Abrüstung verlangt. Der leidenschaftliche Appell der deutschen Frau Lüders, die sich an die Frauen der ganzen Welt richtete und verlangte, daß endlich einmal mit den „moralischen Verdächtigungen ganzer Völker" ein Ende gemacht werde — die große, ehrliche und zugleich in ihrer Argumentierung sehr geschickte Rede des deutschen Professors Schreiber, die, vielleicht der Höhepunkt der ganzen Tagung, die Notwendigkeit der Abrüstung für den Völkerbund, und die Gleichberechtigung aller Staaten, die Beseitigung des Unrechts der „Staaten zweierlei Rechts" in Rüstungsfragen als Voraussetzung für den Erfolg der Abrüstungskonferenz aufzeigte —, die Mahnungen des Holländers Limburg, des Italieners Boriello, ebenso wie die überraschende Feststellung des Belgiers Rollin, daß alle Staaten in der Abrüstungsfrage das Recht auf völlige Gleichstellung haben, — alle diese Einzelheiten geben dem Pariser Kongreß über das Propagandistische hinaus eine politische Bedeutung. Verpflichtet er auch nicht die Regierungen, so wird das, was hier gesagt worden ist, doch zumindest von den Regierungen beachtet werden müssen.

" für die Abrü-
n nicht uneinge-
mehr als sonder-
hen „öffentlichen
der Kongreß, mit
ie Painlevé und
chmäßig — ver-
räsident vor der
, ohne das Wort
uch in der nach-
he wurde kaum
wohl die Gegen-
hen Painlevé—
, als auch dieses
tungskundgebung
welche das Ab-
nd ein Zeichen
uf eine schicksals-
r kleinen euro-
frage zuspitzen.
antwortung auf
g für das Ge-
Nachkriegszusam-
e lehren jedoch,
denfalls bei den
noch nicht er-

litischen Debatte
ür ist jedoch ein
e Belastung der kommenden Reparations- und Stillhalteverhandlungen erscheint, und das auf eine geradezu verhängnisvolle Taktik der französischen Unterhändler schließen läßt. Dieses Wort, das bisher der deutschen Presse völlig entgangen ist, stammt von Laval selbst. Er antwortete nämlich auf eine Rede Leon Blums: „Wie ich hörte, haben einige Redner die Bedeutung der deutschen Auslandsguthaben unterstrichen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die privaten Gläubiger Deutschlands in dieser Richtung eine Lösung für die Frage der privaten deutschen Schulden finden werden!" (!)

Wenn diese Bemerkung Lavals nicht nur ein flüchtig hingeworfenes Wort — was bei der Wichtigkeit des Gegenstandes kaum anzunehmen ist —, sondern eine Direktive für die kommenden Verhandlungen sein soll, so kann man allerdings für die nächste Zukunft und die Verständigungsbereitschaft Frankreichs nur die düstersten Voraussagen machen.

Flandins Geschoß.

Neuer Sturz des englischen Pfunds.

Die Devisennotverordnungen bedeuten für Englands wirtschaftliches Prestige durch den neuen Einbruch in die Festigkeit seiner Währung einen schwarzen Tag kritischster Ordnung.

Die katastrophale Abwertung des englischen Pfundes, die in Zusammenhang mit den Abgaben der Bank von Frankreich gebracht wird, setzte sich in verschärftem Tempo fort.

Der Dollar, der am Montag aus London mit 3,41¾ gemeldet wurde, war mit 3,27 bis 3,29 zu hören, was einem Markkurs von 13,90 RM für ein englisches Pfund gegenüber einer gestrigen amtlichen Berliner Notiz von 14,75 RM entsprechen würde.

Da Flandin mit leeren Händen aus London heimgekehrt ist, hat die Londoner Börse prompt die Wirkung der Mißstimmung zu spüren bekommen, die diese vergebliche Reise in Paris ausgelöst hat. Die Montagsbörse in London brachte außerordentlich hohe Abzüge, die ganz offensichtlich nicht nur von Privaten, sondern im wesentlichen von der Bank von Frankreich getätigt wurden, und die höchst eindeutig zeigen, daß Frankreich durch eine neue Erschütterung des Pfundes London unter Druck zu setzen versucht. Man will auf diese Weise den englischen Plan durchkreuzen, der dahin geht, daß das Pfund sich unbeeinflußt von äußeren Vorgängen seine neue Basis suchen soll, und man verquickt wieder einmal in eigennützigster Weise finanzielle und politische Fragen derart, daß eine ernste Gefahr heraufbeschworen wird. Aus den englischen Berichten über die Besprechungen mit Flandin geht hervor, daß letzterer zwar in der Form konzilianter gewesen sei als der französische Ministerpräsident, daß er aber in der Sache denselben Standpunkt verfochten habe wie vor ihm Laval und daß deshalb, da auf der anderen Seite auch die Engländer nicht geneigt sind, ihre Auffassungen zu korrigieren, eine Angleichung nicht zu erreichen war. Das gilt besonders für die französische Ablehnung der englischen These, daß die Handelsschulden den Vorrang vor den Reparationsverpflichtungen haben müssen; die englischen Staatsmänner haben sich noch einmal eindringlich bemüht, dem französischen Finanzminister die Befürchtungen verständlich zu machen, die sie in besserer Erkenntnis der Zwangsläufigkeiten von der Durchsetzung des französischen Verlangens nach Priorität der Reparationen ableiten, aber Flandin ist unbelehrbar geblieben. Dagegen haben die Engländer dem französischen Wunsch auf eine beschleunigte und möglichst hohe Stabilisierung des Pfundkurses kein geneigtes Ohr geliehen, sie wollen nicht auf die Vorteile verzichten, die sie sich wirtschaftlich von der Entwertung des Pfundes versprechen, und sie wollen auch aus politischen Erwägungen heraus die Frage der Stabilisierung so lange in der Schwebe lassen, bis der ganze Komplex der Kriegsschulden und Reparationen geklärt ist.

Presseempfang bei Flandin.

Finanzminister Flandin hat nach Rückkehr von seiner Englandreise die französische Presse empfangen und erklärt, seine Reise sei an sich nur ein 48stündiger Ferienaufenthalt gewesen. Bei seinen Unterredungen mit dem englischen Außenminister Sir John Simon und Handelsminister Runciman und dem Schatzkanzler Neville Chamberlain habe er allerdings die aktuellen Fragen besprochen, sich aber dabei keineswegs mit der Frage der Zolltarife beschäftigt, denn diese Frage gehöre ausschließlich in den Bereich des Handelsministers Rollin. Er habe sich davon überzeugt, daß es notwendig sei, französischer- wie englischerseits Bemühungen zu unternehmen, um herzliche Beziehungen und eine effektive Zusammenarbeit herzustellen. Ob das möglich sei, wisse er nicht.

England und Frankreich hätten abweichende Ansichten über gewisse wichtige Probleme wie Schulden, Kredite, Zolltarife, Reparationen usw., aber er sei der Ansicht, daß Frankreich alles tun müsse, was ihm möglich sei, um diese Meinungsunterschiede im höheren Interesse der beiden Länder zu überbrücken.

Das deutsche Problem.

Flandins Londoner Besuch bildet immer noch das Hauptgespräch der englischen Politiker und gibt die meisten Anregungen für die Presse. Das Hauptproblem der Erörterung war die finanzielle und die wirtschaftliche Lage Deutschlands.

Nach britischer Ansicht hat der Anspruch auf Rückzahlung der kommerziellen Schulden Deutschlands einen zeitlichen Vorzug gegenüber dem Anspruch auf Reparationszahlungen.

Die gegenwärtig in Deutschland eingefrorenen Kredite sind im Februar fällig, die Reparationszahlungen keinesfalls vor Juli, und wenn Deutschland im Februar nicht zahlen könnte, dann rückt die Aussicht auf weitere Reparationszahlungen in die Ferne.

Die Franzosen sind der Meinung, daß die Frage der Priorität lediglich akademisches Interesse habe, da Deutschland gegenwärtig niemand etwas zahlen könne.

Was nach französischer Auffassung erforderlich ist, ist die Umwandlung der kurzfristigen in langfristige Kredite mit Unterstützung der Hilfsquellen der Finanzzentren, die über das nötige flüssige Kapital verfügen.

Frankreich ist entschlossen, das Prinzip der Reparationszahlungen aufrechtzuerhalten, da sie feste vertragliche Verpflichtungen Deutschlands darstellen.

Aus diesem Grunde hat die französische Regierung Deutschland ermutigt, um Einberufung des im Young-Plan vorgesehenen Ausschusses zu ersuchen, der seine Zahlungsfähigkeit prüfen soll.

„Verkrüppelung" des Handels.

Amerikanische Bank über die kurzfristigen Kredite.

London, 2. Dezember.

In der monatlichen Uebersicht der National City Bank of Neuyork heißt es über die kurzfristigen deutschen Kredite, daß von einer Priorität der Kredite gegenüber den Reparationen oder umgekehrt keine Rede sein könne.

Die deutsche Industrie sei für ihren laufenden Bedarf ständig auf kurzfristige Kredite angewiesen. Die fremden Finanzzentren deckten diesen deutschen Bedarf in sehr befriedigender Weise.

Diese Transaktionen bedeuteten keinen Nachteil für die übrigen kurzfristigen Gläubiger Deutschlands, da sie auch einem Teil des deutschen Wirtschaftslebens zugute kämen. Es liege aber auf der Hand, daß die fremden Geldgeber ihre Geschäfte nach eigenem Ermessen vornehmen müßten. Die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel könnten nur für kurzfristige sich selbst liquidierende Kredite verwendet werden.

Wenn man behaupten würde, daß solche Kredite den langfristigen Krediten untergeordnet oder in langfristige Anleihen verwandelt werden müßten, so würde dies bedeuten, daß kurzfristige Gelder nicht mehr zur Verfügung stehen würden. Die Wirkung würde dann sein, den deutschen Handel zum Nachteil aller Gläubiger zu verkrüppeln.

Verordnung über Zolländerungen.

Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen.

Berlin, 2. Dezember.

Auf Grund von Artikel 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet: Die Reichsregierung wird bis zum Wiederzusammentritt des Reichstages ermächtigt, im Falle eines dringenden wirtschaftlichen Bedürfnisses

1. **die Eingangszölle abweichend von den geltenden Vorschriften zu ändern,**
2. **die vorläufige Anwendung zweiseitiger Wirtschaftsabkommen mit ausländischen Staaten zu verordnen.**

Verordnungen, die auf Grund des Abs. 1 Nr. 1 ergehen, sind dem Reichsrat vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben. Verordnungen, die auf Grund des Abs. 1 Nr. 2 ergehen, sind dem Reichstag vorzulegen und auf sein Verlangen aufzuheben.

Steuererhöhungen untragbar.

Eine Kundgebung der westdeutschen Wirtschaft.

Düsseldorf, 2. Dezember.

Die Organisationen der westdeutschen Wirtschaft weisen n einer Mitteilung an den Kanzler mit Entschiedenheit ede Absicht zurück, die Verringerung des Steueraufkommens durch Steuererhöhungen auszugleichen. Steuererhöhungen gleich welcher Art sind für die überlastete Wirtschaft nicht mehr tragbar. Gegen jegliche Heraufsetzung der Umsatzsteuer spricht auch die Tatsache, daß dadurch die von der Reichsregierung angestrebte Senkung des Preisniveaus in höchstem Maße gefährdet wird. Verlangt werden müsse jedoch die Einführung einer Einfuhrausgleichs-Umsatzsteuer etwa nach französischem Vorbild unter Schonung des deutschen Einuhrhandels. Weiterhin wird einmütig abgelehnt die beabsichtigte Neuregelung der Kapitalertragssteuer.

NSDAP. zum Fall Hessen.

München, 2. Dezember.

Die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP. teilt mit: Der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß der Reichsleitung der NSDAP. hat angeordnet, daß die Parteigenossen Dr. Best, von Davidson, Stavignoga und Wassung bis zum Abschluß der Untersuchung durch den Oberreichsanwalt von jeder parteiamtlichen Tätigkeit zu entbinden sind. Seine weitere Stellungnahme zu dieser Angelegenheit behält sich der Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß bis nach der Entscheidung des Oberreichsanwalts vor.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219311203-12/fragment/page=0005